

Deutschland, die Ukraine, Russland und das Erbe des deutschen Kolonialismus in Osteuropa

Von Franziska Davies (Ludwig-Maximilians-Universität München)

DOI: 10.31205/UA.266.03

Zusammenfassung

Deutschland wird von vielen Ukrainer:innen aktuell kritisch gesehen, weil es das von Russland angegriffene Land aus ihrer Sicht nicht konsequent genug unterstützt. Dabei sollte Deutschland eine besondere historische Verantwortung gegenüber der Ukraine haben, die sich aus den Gräueln des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in der Ukraine ergibt, an die sich viele Ukrainer:innen aktuell erinnert fühlen, angesichts der brutalen russischen Kriegshandlungen, die zum Teil an den selben historischen Orten stattfinden. Doch nicht zuletzt wegen des unzureichend aufgearbeiteten kolonialistischen Blicks auf Osteuropa tut sich die deutsche Gesellschaft damit schwer.

Ausgangsfrage: Warum werden Putins Ziele bei uns immer noch verkannt?

Seit dem russischen Totalangriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ließ sich in Deutschland eine politische und gesellschaftliche Umkehr beobachten: die Bundesregierung beschloss umfassende Sanktionen gegen Russland und stimmte für die Lieferung von Defensivwaffen an die Ukraine und wurde dabei mehrheitlich von der Öffentlichkeit unterstützt. Darin liegt zugleich eine Erkenntnis, die Deutschland ein Armutszeugnis ausstellt: es hat die Ermordung ukrainischer Zivilistinnen und Zivilisten, Bomben auf eine europäische Hauptstadt und den heldenhaften Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer gebraucht, damit wir die Ukraine als »echte« Nation anerkennen, die unsere Unterstützung verdient.

Schließlich ist es gerade einmal acht Jahre her, dass ein ehemaliger Bundeskanzler darüber sinnierte, ob die Ukraine nicht vielleicht doch eine »künstliche« Nation sei und Putins Angriff auf das Land letztlich berechtigt. Viele stimmten in diesen Chor ein, hierzulande genossen die so genannten »Russland-Versteher« (präziser wäre »Putin-Verteidiger«) eine hohe mediale Präsenz. Aber auch jetzt noch scheint es vielen sehr schwer zu fallen, sich von alten Deutungsmustern zu verabschieden. Davon zeugen die schnell vorgebrachten Rufe nach »Deeskalation«, »Verhandlungen« oder gar die Aufforderung an die Ukraine sich doch Russland zu ergeben. Wer solche »Lösungen« vorschlägt, verkennt, dass es mit Putin weder Deeskalation noch ernsthafte Verhandlungen geben wird, solange er nicht militärisch dazu gezwungen wird. Sie unterstellen dem Aggressor im Kreml eine Fähigkeit zum pragmatischen Interessensausgleich, der an der Realität vorbeigeht.

Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass das – eigentlich offensichtliche – Ziel Putins immer noch verkannt wird: er will die Ukraine als Staat zerstören, die

ukrainische Nation mindestens in die Unterwerfung zwingen, möglicherweise ebenfalls vernichten. Seine Verachtung für die Ukraine hat der russische Diktator in der Vergangenheit mehrfach zum Ausdruck gemacht, zuletzt im Sommer 2021 als er in einem pseudo-historischen Essay über die »Historische Einheit von Russen und Ukrainern« sinnierte und die Staatlichkeit letzterer zum historischen Fehler erklärte. Wie sonst ist die in den besetzten Gebieten bereits einsetzende Russifizierung des Bildungssystems, die gezielte Verfolgung und Verschleppung von Aktivistinnen, Politiker und Künstlerinnen zu erklären? Wie sonst die Beschießung westukrainischer Städte, zu einem Zeitpunkt, in dem Wolodymyr Zelenskyj bereits seine Bereitschaft signalisiert hat, auf eine NATO-Mitgliedschaft seines Landes zu verzichten? Die Ukraine soll also über die eigene Zerstörung in »Verhandlung« treten, in dieser Situation soll sie »deeskalieren« oder sich einem faschistoiden Terrorregime ergeben, um den Krieg für die restliche Welt »einzufrieren«? Mit solchen Vorschlägen einher geht die Affirmation eines Motivs, das sich in den deutschen Diskursen über die Ukraine in aller Deutlichkeit mindestens seit dem Majdan von 2013/14 beobachten lässt: der Unwille, die Ukrainerinnen und Ukrainer als eigenständigen Akteur zu respektieren – selbst jetzt, wo die Menschen dieses Landes gegen eine revisionistische Macht im Osten kämpfen, während Putins Propagandisten in den russischen Staatsmedien sich freimütig eine Ausweitung des Kriegs nach Polen und in das Baltikum wünschen.

Deutschlands Unterstützung der Ukraine ist nicht konsequent

Zeitgleich wird in Deutschland rasoniert über »unsere« Fehler, »wir« hätten der Ukraine Angebote gemacht und sie so in einen Konflikt mit Russland getrieben. Tatsächlich geht Putins Problem mit der Ukraine nicht auf west-

liche Verführungskünste zurück. Sein Problem ist die politische Subjektwerdung der ukrainischen Bevölkerung, die in ihrem eigenen demokratischen, unabhängigen und freien Land leben wollte und will. Die allerwenigsten Menschen gingen im Winter 2013/14 auf den Majdan, weil sie von der NATO träumten. Sie gingen, weil sie genug hatten von der Gewalt und der Unterdrückung Wiktor Janukowytchs und dafür wurde »Europa« zu einem Symbol. Schon damals hatte der Historiker Yaroslav Hrytsak darauf hingewiesen, dass Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, die die Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrem Land realisiert sehen wollten, dem »Westen« oder der Europäischen Union nicht mehr gehören als den Menschen in der Ukraine. Derzeit sind Deutschland und der »Westen« überhaupt nicht in der Lage, Putin irgendwelche Angebote zu unterbreiten oder mit ihm in einen »Dialog« zu treten. Es gibt genau zwei Optionen: entweder den Kampf der Ukraine konsequent zu unterstützen oder ihr diese Unterstützung zu verweigern. Angesichts der Tatsache, dass höchstwahrscheinlich allein ein Sieg der Ukraine oder der damit einhergehende Kollaps des diktatorischen Regimes in Moskau Putins imperialen Angriffskrieg zurückdrängen kann, sollte die Entscheidung hier eigentlich nicht schwerfallen. Aber nach der Rede über die »Zeitenwende« hat sich die Bundesregierung für einen fragwürdigen Mittelweg entschieden, der nicht nur in der Ukraine, sondern in ganz Ostmitteleuropa für heftige Irritationen sorgt. Ein Gas- und Ölembargo, das viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befürworten, wird verweigert und zugleich bleibt die deutsche Regierung bei Waffenlieferungen weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Eine konsequente Unterstützung sähe anders aus.

An der – zugegebenermaßen weniger wichtigen – symbolischen Front sieht es nicht besser aus. Der Deutsche Bundestag war nicht in der Lage, die Rede des ukrainischen Präsidenten im Parlament angemessen zu würdigen. Ausgerechnet Politiker aus der sozialdemokratischen Partei, die sich in den letzten Jahrzehnten besonders durch ihren Putin-freundlichen Kurs ausgezeichnet hat, verteilen an den ukrainischen Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk ausgerechnet jetzt öffentlich Haltungsnoten, während dessen Landsleute ermordet werden, fliehen müssen und um ihr Leben kämpfen. Jüngst war sich Cerstin Gammelin, die Sprecherin des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, nicht zu schade, eben jenem Botschafter in belehrenden Ton zu erklären, warum seine Absage zu einem von Steinmeier organisierten Wohlfühlkonzert in der Berliner Philharmonie unangemessen sei. Etwas mehr Demut wäre hier angebracht gewesen, schließlich gehörte Steinmeier auch zu denjenigen, die in der Vergangenheit eine bemerkenswerte Nachsicht gegenüber Putins Russland an den Tag

gelegt haben, die mit einer Geringschätzung ukrainischer Interessen einherging. Als Außenminister warf er der NATO »Säbelrasseln« vor und das zwei Jahre nach dem ersten Angriff Putins auf das Nachbarland. Noch 2021 rechtfertigte er North Stream 2 ausgerechnet mit den sowjetischen Opfern im Zweiten Weltkrieg, was für Ukrainerinnen und Ukrainer, die selbst Millionen Opfer im deutschen Vernichtungskrieg zu beklagen hatten, wie Hohn klingen musste. Spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt, an dem der Präsident sich deutlich auch zu eigenen Fehleinschätzungen stehen sollte. Insgesamt ist auffällig, dass kaum einer der prominenten »Russland-Versteher« sich bisher zu einer eindeutigen Revision der eigenen Thesen hat durchringen konnte. Der Einzige, der diese Größe besessen hat, ist der in der Politik nicht mehr aktive Matthias Platzeck. Nun könnte man einwenden, dass dies jetzt alles nicht mehr wichtig sei, der Blick in die Zukunft ist schließlich das entscheidende. Tatsächlich aber krankt die deutsche Debatte an dem Festhalten an einer Tradition, die nur durch eine konsequente Reflexion der eigenen Position überwunden werden kann: einem zutiefst imperialen Blick auf Ostmitteleuropa.

Der koloniale Blick auf Osteuropa

Der Kulturwissenschaftler Ulrich Schmid hat diese Fixierung auf ein Auskommen mit Russland auf Kosten Ostmitteleuropas jüngst mit Rückgriff auf das 19. Jahrhundert erklärt: nach den Teilungen Polens durch die Habsburger Monarchie, Preußen und das Russische Reich am Ende des 18. Jahrhunderts waren Deutschland und Russland über hundert Jahre tatsächlich Nachbarn gewesen. Noch hinzufügen zu dieser treffenden Beobachtung müsste man, dass die beiden Mächte damit auch auf fatale Weise durch eine anti-polnische Politik miteinander verbunden waren. Bis in die Gegenwart lässt sich die Übertragung deutscher anti-polnischer Stereotypen des 19. Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit auf die Ukraine beobachten, schließlich bescheinigten viele deutsche Kommentatoren der Ukraine 2014, im Grunde nicht staatsfähig zu sein, von einem »failed state« war die Rede – jener Staat übrigens, der sich dieser Tage mit einer atemberaubenden Geschlossenheit dem Aggressor entgegenstellt und dessen Armee in einer Weise dem russischen Angriff standhält, die die meisten Militärexpertinnen und -experten nicht für möglich gehalten hätten.

Weniger überzeugend ist aber Schmid's These, dass die erinnerungskulturelle Dominanz an den Zweiten Weltkrieg die Auseinandersetzung mit den imperialen Traditionen des 19. Jahrhunderts verhindert habe. Dagegen spricht, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gerade im Hinblick auf den Vernichtungskrieg im östlichen Europa bei näherem Hinsehen lückenhaft ist.

Bis heute ist die Chiffre »Auschwitz« das Symbol für die Vernichtung des europäischen Judentums, der »holocaust by bullets«, der sich in ganz erheblichem Maße auf heute ukrainischem und belarussischem Territorium vollzog, hat dagegen bis heute keinen festen Platz in der deutschen Erinnerung. Gleiches gilt für den mörderischen kolonialen Ausbeutungskrieg gegenüber der nicht jüdischen lokalen Bevölkerung, jene Millionen Menschen aus Polen und der Sowjetunion ermordet, ausgehungert oder nach Deutschland verschleppt, wo sie unter unwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten. Der Alltag der Gewalt des deutschen Besatzungsregime im Osten ist genauso wenig präsent wie die von Wehrmacht und SS ausgelöschten Dörfer in Belarus, der Ukraine und im Westen Russlands. Der koloniale Blick auf Menschen aus Osteuropa setzte sich auch nach 1945 fort. In ihrem Roman *Sie kam aus Mariupol* (2017) stellte die ukrainisch-deutsche Schriftstellerin Natascha Wodin, selbst Kind einer Zwangsarbeiterin aus der Sowjetukraine, eindrucksvoll dar, dass die Diskriminierung, Ausgrenzung und Geringschätzung für die »Ostarbeiter« in der BRD weitergingen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit deutschen kolonialen Traditionen des 20. Jahrhunderts im Osten Europas ist also – obwohl in der Geschichtswissenschaft gut erforscht – nur in Nuancen weiter als jene mit dem Imperialismus des 19. Jahrhunderts.

In diesem Sinne könnte man eher von einer gewissen Kontinuität in der deutschen kolonialen Imagination des »Ostens« sprechen. Allerdings betraf diese Geringschätzung mitnichten nur Menschen aus der Ukraine oder Belarus, sondern auch jene aus Sowjetrußland, schließlich galten die »Ostarbeiter« meist als »Russen«. Woher kommt dann vor diesem Hintergrund jener »pseudoreligiöse Russland-Kitsch«, den Martin Schulze Wessel jüngst kritisierte? Schließlich zeichneten sich die »Russland-Versteher« dadurch aus, dass sie die Machtansprüche Russlands in der Gegenwart letztlich für berechtigt hielten, jene der Ukraine und anderer ostmitteleuropäischer Staaten dagegen für vernachlässigbar. Der Blick auf das 19. Jahrhundert erklärt in diesem Zusammenhang wiederum viel: Das multiethnische und multireligiöse Zarenreich (der Volkszählung von 1897 zu Folge waren nur knapp über 40 Prozent der Bevölkerung russisch) wurde von deutschen politischen und intellektuellen Eliten »russifiziert« und in einer ambivalenten Mischung von Ablehnung, Faszination und Angst als ebenbürtiger Player in Ostmitteleuropa anerkannt. Die deutsche Rezeption der russischen Literatur trug ihren Teil zur Erfindung einer »russischen Seele« bei.

Komplizierter wird es beim Blick ins 20. Jahrhundert und insbesondere im Hinblick auf die Zeit des Nationalsozialismus. Als im Ersten Weltkrieg das deutsche und das russländische Imperium Krieg gegeneinander führ-

ten, nutzte Deutschland den Kollaps des Zarenreichs für den (schnell gescheiterten) Versuch, in der Ukraine einen deutschen Marionettenstaat zu errichten. Die Niederlage Deutschlands und besonders die Wiedererrichtung des polnischen Staates beendete zunächst deutsche koloniale Ansprüche in Osteuropa, was aber von weiten Teilen der Gesellschaft nicht akzeptiert wurde. Eine Radikalisierung deutscher kolonialer Ansprüche in Osteuropa war zweifelsohne das Eroberungs- und Vernichtungsprogramm der Nationalsozialisten und ihrer Unterstützer zwischen 1939 und 1945. Die Rolle der Sowjetunion ist in diesem Zusammenhang aber ambivalent. Den Hitler-Stalin Pakt, als die beiden Diktaturen die Aufteilung Ostmitteleuropas vereinbarten, die sie ab September 1939 realisierten, kann man als die Fortsetzung einer deutsch-russischen imperialen Tradition in Ostmitteleuropa betrachten. Diese deutsch-sowjetische Allianz war aber bekanntlich von kurzer Dauer, ja, mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 setzte eine Radikalisierung deutscher Großmachtphantasien ein, die den Genozid des europäischen Judentums in Gang setzte. Russinnen und Russen waren dabei genauso wie die übrige slawische Bevölkerung der brachialen Gewalt der Deutschen ausgesetzt, man denke an das Schicksal des belagerten Leningrad.

Die Ukraine als »blinder Fleck« in unserem kollektiven Gedächtnis

Möglicherweise muss man also auch auf die Geschichte nach 1945 blicken, um den unterschiedlichen Umgang mit Ostmitteleuropa und Russland im deutschen Diskurs der Gegenwart zu verstehen. Der Topos »Auschwitz«, das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager im besetzten Polen, ist bis heute der wichtigste Erinnerungsort Deutschlands im östlichen Europa. Allerdings ist dieses Symbol bis heute merkwürdig losgelöst von dem Kontext des Vernichtungskrieges, der die Einrichtung der Tötungsstätte überhaupt erst ermöglichte. Fragt man dagegen nach dem wichtigsten deutschen Erinnerungsort im unmittelbaren Kontext des Kriegs der Wehrmacht im Osten Europas so ist das nach wie vor die Schlacht von Stalingrad. Stalingrad ist nicht verbunden mit den vermeintlichen Haupttättern des Zweiten Weltkriegs, den Einsatzgruppen und dem Lagerpersonal der SS, sondern mit dem Schicksal der »ganz normalen« Wehrmachtssoldaten, die sich über Jahrzehnte im Nachkriegsdeutschland nicht eingestehen konnten, dass sie auch schuldig waren. Es ist bezeichnend, dass es ein Ort deutschen Leidens ist, der einen so prominenten Platz in der Gedenkkultur einnimmt, während Orte wie Korjukiwa (jenes ausgelöschte Feuersdorf in der Ukraine) praktisch unbekannt sind. Entweder stilisierten die Angehörigen der Wehrmacht sich als Opfer der verantwortungslosen Führung der Wehr-

macht und Hitlers oder sie pflegten den Mythos, man habe mit dem Krieg gegen den Bolschewismus letztlich für eine gerechte Sache gekämpft – eine Interpretation, die im Kontext des Kalten Krieges durchaus in die politische Kultur der BRD passte.

Der zentrale deutsche Erinnerungsort der Deutschen nach 1945 war damit russisch konnotiert auf Grund seiner geographischen Lage in Sowjetrußland, aber auch auf Grund der deutschen »Russifizierung« der multiethnischen Roten Armee, die die Stadt verteidigte. Dieser Ort wiederum ist auch eine Geschichte einer russisch-deutschen Annäherung, die sich auf lokaler Ebene auch noch unter den Vorzeichen der Putin-Diktatur fortsetzen ließ. Treffen deutscher und sowjetischer Veteranen in Rußland, Besuche deutscher Politiker in Wolgograd trugen dazu bei, dass sich hier die ehemaligen Gegner gewissermaßen auf Augenhöhe begegneten. Der Wunsch nach der Verteidigung deutsch-russischer Aussöhnung war auch ein Motiv mancher »Rußland-Versteher« – sicherlich das nachvollziehbarste. Aber die Sehnsucht nach Frieden zwischen Deutschland und Rußland darf nicht einhergehen mit der Ausblendung anderer historischer Erfahrungen und erinnerungskulturellen Perspektiven in Ostmitteleuropa und deren politischen Folgen in der Gegenwart. Eine Hegemonialisierung deutscher Erinnerungspraxis ist zutiefst unangemessen. Der Holodomor in der Ukraine zu Beginn der 1930er Jahre, die Massenerschießungen von Polen im Wald von Katyn 1940 –

das sind die Traumata Ostmitteleuropas, die den Blick der Menschen dort gen Moskau bis heute prägen. Eine Dekolonialisierung des deutschen Blicks auf Osteuropa beinhaltet zweierlei: die Erfahrungen Ostmitteleuropas wahrzunehmen und die Bilanz der deutschen Vernichtungspolitik auf polnischem, belarussischem und ukrainischem Boden genauso im Blick zu haben wie die Verbrechen von Wehrmacht und SS in Sowjetrußland.

Wir brauchen neue Perspektiven auf die osteuropäische Geschichte

Das bedeutet nicht den kritischen Blick auf nationale Meistererzählungen über den ewigen Kampf gegen das imperiale Zentrum aufzugeben. Die Geschichte der Sowjetunion ist nicht nur die Geschichte einer von Moskau aus gesteuerten Unterdrückung nicht-russischer Nationen, sondern auch die Geschichte von Menschen wie Wassilij Grossman (1905–1964). Die Ukraine war seine Heimat, die Ermordung des sowjetischen Judentums sein Lebensthema, der Abwehrkampf der Roten Armee gegen das faschistische Deutschland seine Heldengeschichte, grandios verarbeitet in dem anti-totalitären Roman *Leben und Schicksal* (erstmalig 1980 in der Schweiz veröffentlicht). Ambivalenzen gilt es auch in Zukunft sichtbar zu machen, ein erster Schritt dahin ist die Anerkennung der Multiperspektivität der ostmittel- und osteuropäischen Geschichte.

Der Artikel ist zunächst erschienen am 30. März 2022 im Blog von *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* und ist online abrufbar unter <https://www.merkur-zeitschrift.de/2022/03/30/deutschland-ostmitteleuroparussland-und-das-erbe-des-deutschen-kolonialismus/>. Wir danken der Autorin und dem *Merkur* für die Genehmigung zum Nachdruck.

Über die Autorin

Dr. *Franziska Davies* ist Akademische Rätin an der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas am Historischen Seminar der LMU München. Gemeinsam mit Katja Makhotina hat sie das Buch »Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs« verfasst, das im April bei der WBG erscheint.